



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2015

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
I. Vorbemerkung	3
II. Zusammenfassung Deutschland	4
III. Deutschland - Daten 2015	7
IV. Zusammenfassung Länder	12
V. Länder – Daten 2015	15
VI. Tabellenverzeichnis.....	35

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfangenden, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007, zuletzt geändert am 17. Februar 2016, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der positiv beschiedenen Hilfeempfangenden geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2015 **737 575** Lebendgeburten. Im Vergleich zum Vorjahr (**714 927** Geburten) ist damit die Geburtenzahl um **3,17 %** gestiegen. Die Steigerung fiel somit etwas geringer aus als im Vorjahr: von 2013 auf 2014 wurde ein Anstieg um 4,82 % verzeichnet. Die Steigerung bleibt aber gegenüber 2013 (1,27 %) und 2012 (1,64 %) auf hohem Niveau.

Die Zahl der **Antragstellerinnen** auf Leistungen aus Mitteln der Bundesstiftung ist in 2015 deutlich angestiegen: Um 4,3 % auf 151 313 (2014 um 0,2 %). Dies gilt ebenso für die Zahl der tatsächlichen **Hilfeempfängerinnen**: War 2014 war noch eine Verminderung um 0,4 % zu verzeichnen, gab es 2015 einen Anstieg um 3,7 % auf **136 938**. Parallel dazu hat sich die Bewilligungsquote erneut um 1 Prozentpunkt verringert: von 91 % auf 90 % (Tabelle 1).

Ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten betrug der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, in 2015 18,6 % (2014: 18,5 %, 2013: 19,4 %). Somit wurde auch im Jahr 2015 annähernd **jede fünfte Schwangere** von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt.¹

Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** ist im Jahr 2015 erstmals seit 2006 angestiegen, von 97 auf 98 % (Tabelle 2).

Der **wirtschaftliche Status** der Hilfeempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) hat sich gegenüber den Vorjahren etwas verändert. Um jeweils einen Prozentpunkt sind die prozentualen Anteile folgender Hilfeempfängerinnen gefallen: die Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit bezogen (auf 23 %), der Bezieherinnen von Leistungen nach SGB III (auf 3 %) sowie derjenigen, die Leistungen nach SGB II und XII bezogen (auf 47 %), und der Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach BAFöG und Ausbildungsvergütung erhielten (auf 3 %). Der prozentuale Anteil der Hilfeempfängerinnen, die weder über eigenes Einkommen verfügten und auch keine Sozialleistungen erhielten, ging sogar um zwei Prozentpunkte auf 10 % zurück. Gestiegen – und zwar ebenfalls um zwei Prozentpunkte auf 5 % – ist dagegen der prozentuale Anteil der Bezieherinnen sonstiger Sozialleistungen. Den stärksten Anstieg gab es aber bei den Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten: Deren Anteil erhöhte sich von 5 auf 9 %. Hier zeigt sich der Anstieg der Flüchtlingszahlen. Der bisher schon in der Statistik erfasste Wert wurde vor dem Hintergrund der Entwicklung in 2015 erstmals in den Bericht aufgenommen (Tabelle 3).

¹ Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2015 geboren wurden, zum Teil bereits in 2014 erfolgt sind und zum anderen Kinder, für die noch in 2015 Bewilligungen ausgesprochen wurden, erst in 2016 geboren wurden.

Nach dem es bereits 2014 nach vielen Jahren mit konstanten Werten eine Verschiebung um 3 Prozentpunkte bei der **Staatsangehörigkeit** der Hilfeempfängerinnen gab, hat sich diese von 2014 auf 2015 nochmals deutlich verstärkt. Der Anteil der Hilfeempfängerinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit verringerte sich um weitere 7 Prozentpunkte von 66 auf nun 59 %. Entsprechend stieg der prozentuale Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen von 34 auf 41 % an (Tabelle 4). Die Veränderung wird von der Bundesstiftung auf die seit Mitte 2015 zunehmende Zahl von Anträgen schwangerer Flüchtlinge zurückgeführt.

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es dagegen kaum Änderungen. Wie seit langem wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen auch in 2015 ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche** beantragt. Im Berichtsjahr stellten 31 % der Hilfeempfängerinnen ihren Antrag zwischen der 13. und 20. und 63 % nach der 20. Schwangerschaftswoche. Damit ist der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche um einen Prozentpunkt gestiegen. Zugleich ging der Anteil der nach der 20. Woche gestellten Anträge um einen Prozentpunkt zurück. Der Anteil der bis zur 12. Woche gestellten Anträge blieb mit 6 % konstant (Tabelle 5).

Eine etwas deutlichere Veränderung als in den Vorjahren gab es 2015 bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben in ehelicher Gemeinschaft lebten, um 3 Prozentpunkte auf 43 % gestiegen und zugleich der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden um 1 Prozentpunkt auf 37 % gefallen. Der prozentuale Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen ist dagegen von lange konstanten 22 % auf 20 % zurückgegangen (Tabelle 6).

Die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** hat sich im Jahr 2015 um 19 erhöht. Insgesamt wirkten somit 1.265 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit (Tabelle 7).

Bei der Gesamtzahl von **136 938 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland betrug 2015 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung 669 Euro** und war somit um 25 Euro niedriger als im Vorjahr. Das entspricht einer Verringerung um 3,6 % (Tabelle 9).

In den Ländern gab es diesbezüglich deutliche Unterschiede (Tabelle 29). Einen prozentualen Rückgang des Durchschnittsbetrages gab es 2015 in 8 Ländern, den größten mit 22,7 % in Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern mit 13,3 % und Bremen mit 12,2 %. Im Saarland, das 2014 noch den stärksten Anstieg verzeichnet hatte, betrug der Rückgang immerhin noch 11,0 %. Eine Sonderzuweisung in Höhe von 1,2 Mio. Euro, die allerdings erst Anfang Dezember 2015 erfolgte, konnte hier keine wesentliche Veränderung bewirken.

Den stärksten Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages hatte 2015 mit 18,7 % Brandenburg zu verzeichnen, gefolgt von Thüringen mit 7,8 % und Sachsen-Anhalt mit 5,5 %. In Niedersachsen blieb der Durchschnittsbetrag unverändert.

Bremen ist erneut das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag, der mit nur 395 Euro nochmals deutlich unter die Werte der Vorjahre (2014: 450 Euro, 2013: 463 Euro) rutschte. Den zweitniedrigsten Wert verzeichnete in 2015 Hamburg mit 501 Euro, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 526 Euro. Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es auch 2015 in Bayern mit 1 210 Euro; dieser Wert liegt aber immerhin 170 Euro niedriger als 2014. Es folgen Rheinland-Pfalz mit 805 Euro und Thüringen mit 804 Euro. In Baden-Württemberg hat sich der Durchschnittswert mit 759 Euro erneut deutlich verringert (2014: 983 Euro). Die dort 2014 eingeführte Änderung des Vergabeverfahrens wirkt sich hier aus.

Die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung** hat sich 2015 etwas deutlicher verändert als in den Jahren zuvor. Bewilligungen über 1 500 Euro machten 3 % der Fälle aus. Damit hat sich deren Anteil verdreifacht. Im Gegenzug ging der Anteil der zwischen 600 und 1.000 € bewilligten Beträge um 4 Prozentpunkte auf 7 % zurück. Der Wert bewegt sich damit erstmals im einstelligen Bereich. Der prozentuale Anteil der Bewilligungen unter 300 Euro stieg von 9 auf 10 % der Fälle. Der Anteil der Bewilligungen zwischen 1 000 und 1 500 Euro blieb bei 31 % konstant. Beträge in dieser Spanne wurden wie stets am zweithäufigsten vergeben. Am häufigsten erhielten die Hilfeempfängerinnen Beträge zwischen 300 und 600 Euro, wobei dieser Anteil erneut um 2 Prozentpunkte auf nun 49 % anstieg (Tabelle 10).

III. Deutschland - Daten 2015

Endgültige Geburtenzahl: 737 575 (2014: 714 927)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2006	162 550 (100 %)	149 000 (92 %)
Veränderung 2005/2006	+ 11 %	+ 12 %
2007	160 521 (100 %)	147 688 (92 %)
Veränderung 2006/2007	- 1,2 %	- 0,9 %
2008	156 458 (100 %)	145 119 (93 %)
Veränderung 2007/2008	- 2,5 %	- 1,7 %
2009	158 215 (100 %)	145 273 (92 %)
Veränderung 2008/2009	+ 1,1 %	+ 0,1 %
2010	156 536 (100 %)	144 958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	- 1 %	- 0,2 %
2011	144 504 (100 %)	132 359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,7 %	- 8,7 %
2012	143 246 (100 %)	130 464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %
2013	144 775 (100 %)	132 639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %
2014	145 015 (100 %)	132 049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %
2015	151 313 (100 %)	136 938 (90 %)
Veränderung 2014/2015	+ 4,3 %	+ 3,7 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	unter 14 Jahre	14 bis 18 Jahre	über 18 Jahre
2006	48 (0 %)	4 771 (3 %)	144 181 (97 %)
2007	37 (0 %)	4 589 (3 %)	143 062 (97 %)
2008	47 (0 %)	4 431 (3 %)	140 510 (97 %)
2009	54 (0 %)	3 984 (3 %)	141 235 (97 %)
2010	44 (0 %)	3 835 (3 %)	141 079 (97 %)
2011	39 (0 %)	3 344 (3 %)	128 976 (97 %)
2012	41 (0 %)	3 316 (3 %)	127 107 (97 %)
2013	43 (0 %)	3 650 (3 %)	128 946 (97 %)
2014	25 (0 %)	3 313 (3 %)	128 711 (97 %)
2015	34 (0 %)	3 305 (2 %)	133 599 (98 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland

Status der HiE	Einkommen aus selbstständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Leistungen nach AsylbLG ²	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2006 ³	30 972 (21 %)	7 921 (5 %)	6 812 (5 %)	73 935 (50 %)	3.258 (2 %)	3 188 (2 %)	22 914 (15 %)
2007 ³	33 138 (22 %)	5 729 (4 %)	6 266 (4 %)	75 472 (51 %)	2.507 (2 %)	3 443 (2 %)	21 133 (14 %)
2008	35 264 (24 %)	7 252 (5 %)	6 281 (4 %)	71 517 (49 %)	2.141 (1 %)	3 790 (3 %)	18 874 (13 %)
2009	35 647 (25 %)	7 303 (5 %)	6 686 (5 %)	70 610 (49 %)	2.081 (1 %)	4 030 (3 %)	18 916 (13 %)
2010	35 495 (24 %)	6 835 (5 %)	6 755 (5 %)	70 813 (49 %)	2.179 (2 %)	4 335 (3 %)	18 546 (13 %)
2011	33 397 (25 %)	5 883 (4 %)	6 299 (5 %)	63 423 (48 %)	2.558 (2 %)	3 935 (3 %)	16 864 (13 %)
2012	34 113 (26 %)	5 721 (4 %)	6 029 (5 %)	61 410 (47 %)	2.850 (2 %)	4 587 (4 %)	15 754 (12 %)
2013	33 595 (25 %)	5 650 (4 %)	5 633 (4 %)	62 161 (47 %)	3.836 (3 %)	4 448 (3 %)	17 316 (13 %)
2014	31 464 (24 %)	5 063 (4 %)	5 486 (4 %)	62 770 (48 %)	6 684 (5 %)	4 615 (3 %)	15 967 (12 %)
2015	31 034 (23 %)	3 977 (3 %)	4 598 (3 %)	64 100 (47 %)	13 009 (9 %)	6 314 (5 %)	13 906 (10 %)

² Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

³ Die bayerische Statistik fasste 2006 und 2007 die Leistungen nach dem SGB II und XII und den Leistungen nach den SGB III zusammen. Insoweit sind die Deutschland-Daten 2006 und 2007 hier nur eingeschränkt verwertbar. Eine Umstellung der bayerischen Statistik ist zum 1. Januar 2008 vorgenommen worden.

Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Staatsangehörigkeit	Deutsche	Ausländerinnen
2006	107 439 (72 %)	41 541 (28 %)
2007	107 143 (73 %)	40 545 (27 %)
2008	107 436 (74 %)	37 683 (26 %)
2009	107 048 (74 %)	38 225 (26 %)
2010	105 686 (73 %)	39 270 (27 %)
2011	95 539 (72 %)	36 820 (28 %)
2012	93 785 (72 %)	36 682 (28 %)
2013	92 026 (69 %)	40 613 (31 %)
2014	86 768 (66 %)	45 281 (34 %)
2015	81 064 (59 %)	55 874 (41 %)

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2006	12 604 (9 %)	45 988 (31 %)	90 408 (61 %)
2007	11 989 (8 %)	44 657 (30 %)	91 042 (62 %)
2008	11 441 (8 %)	44 424 (31 %)	89 254 (62 %)
2009	10 949 (7 %)	44 690 (31 %)	89 634 (62 %)
2010	10 886 (8 %)	45 381 (31 %)	88 691 (61 %)
2011	9 535 (7 %)	41 376 (31 %)	81 448 (62 %)
2012	9 135 (7 %)	40 554 (31 %)	80 775 (62 %)
2013	8 759 (7 %)	40 861 (31 %)	83 019 (62 %)
2014	7 916 (6 %)	40 051 (30 %)	84 082 (64 %)
2015	7 802 (6 %)	42 103 (31 %)	87 033 (63 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2006	66 672 (45 %)	51 963 (35 %)	30 365 (20 %)
2007	64 426 (44%)	52 566 (36%)	30 696 (21 %)
2008	59 395 (41 %)	54 864 (38 %)	30 862 (21 %)
2009	60 083 (41 %)	52 930 (37 %)	32 260 (22 %)
2010	59 033 (41 %)	54 602 (38 %)	31 323 (22 %)
2011	52 603 (40 %)	50 664 (38 %)	29 092 (22 %)
2012	51 351 (39 %)	50 541 (39 %)	28 572 (22 %)
2013	52 253 (39 %)	51 710 (39 %)	28 676 (22 %)
2014	52 938 (40 %)	50 508 (38 %)	28 603 (22 %)
2015	59 373 (43 %)	50 678 (37 %)	26 887 (20 %)

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2006	1 271	1 002	269
Veränderung 2005/2006	+ 2,4 %	+ 2,5 %	+ 2,3 %
2007	1 279	1 013	266
Veränderung 2006/2007	+ 0,6 %	+ 0,9 %	+ 1 %
2008	1 275	1 018	257
Veränderung 2007/2008	- 0,3 %	+ 0,5 %	- 3,4 %
2009	1 276	1 026	250
Veränderung 2008/2009	+ 0,1 %	+ 0,8 %	- 2,7 %
2010	1 284	1 033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
2011	1 273	1 027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9 %	- 0,6 %	- 2,0 %
2012	1 255	1 025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %
2013	1 258	1 029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %
2014	1 246	1 024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %
2015	1 265	1 043	222
Veränderung 2014/2015	+ 1,5 %	+ 1,9 %	+/- 0 %

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2006	604 Euro
Veränderung 2005/2006	- 3 Euro
2007	606 Euro
Veränderung 2006/2008	+ 2 Euro
2008	629 Euro
Veränderung 2007/2008	+ 23 Euro
2009	649 Euro
Veränderung 2008/2009	+ 20 Euro
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro
2011	682 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro
2012	695 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro
2013	692 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro
2014	694
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro
2015	669
Veränderung 2014/2015	- 25 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2015

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2006	17 404 (12%)	69 460 (47%)	42 232 (29%)	17 963 (12%)	1 807 (1 %)
2007	17 886 (12%)	69 460 (48%)	39 111 (27%)	17 248 (12%)	1 693 (1 %)
2008	16 112 (11 %)	69 878 (48%)	40 541 (28%)	16 834 (12%)	1 752 (1 %)
2009	14 543 (10 %)	64 475 (44 %)	45 933 (32 %)	18 350 (13 %)	1 836 (1 %)
2010	13 667 (9 %)	65 610 (45 %)	46 816 (32 %)	17 351 (12 %)	1 513 (1 %)
2011	12 720 (10 %)	58 357 (44 %)	43 694 (33 %)	16 065 (12 %)	1 523 (1 %)
2012	11 143 (9 %)	58 110 (45 %)	42 134 (32 %)	17 422 (13 %)	1 655 (1 %)
2013	11 735 (9 %)	59 732 (45 %)	41 814 (32 %)	17 639 (13 %)	1 719 (1 %)
2014	11 993 (9 %)	61 595 (47 %)	41 525 (31 %)	15 042 (11 %)	1 894 (1 %)
2015	14 327 (10 %)	66 551 (49 %)	41 850 (31 %)	9 676 (7 %)	4 534 (3 %)

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Im Berichtsjahr 2015 zeigten sich, wie in den Vorjahren auch, zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

Trotz insgesamt gestiegener Anzahl der Bewilligungen verringerte sich 2015 die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** in sieben Bundesländern. Die höchste prozentuale Abnahme hatte Bayern mit 11,8 % zu verzeichnen⁴, gefolgt von Brandenburg mit 9,5 %. Den höchsten prozentualen Anstieg von Bewilligungen gab es in Baden-Württemberg mit 34,3 %. Dies dürfte vor allem auf das geänderte Vergabeverfahren zurückzuführen sein. In Bremen gab es ohne Verfahrensänderungen einen Anstieg um 15,7% und in Hamburg um 8,83 %. Mit +1,05 % und -0,06 % waren die Veränderungen in Rheinland-Pfalz und Berlin am geringsten (Tabelle 15).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** verzeichnete auch im Jahr 2015 Bayern, blieb mit 97 % aber einen Prozentpunkt hinter dem Vorjahreswert. Es folgen das Saarland und Brandenburg mit 96 % bzw. 95 %. Die niedrigste Bewilligungsquote gab es 2015 erneut in Nordrhein-Westfalen mit 87 %. In Rheinland-Pfalz und Sachsen lag sie mit 88 % bzw. 89 % nur geringfügig darüber (Tabellen 14 und 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag mit 98 % im Durchschnitt in 2015 einen Prozentpunkt höher als im Vorjahr, 2 % waren zwischen 14 und 18 Jahren alt. Für Mädchen unter 14 Jahren gab es wie in den Vorjahren nur ganz vereinzelt Bewilligungen (Tabellen 2 und 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) verbesserte sich in den meisten Bundesländern nicht, es gab aber zum Teil Verschiebungen zwischen diesen Gruppen (Tabellen 3 und 17 bis 23):

⁴ Gezählt werden dort die bearbeiteten Anträge. Aufgrund der Einführung eines neuen EDV-Programms konnten weniger Gesuche als in den Vorjahren bearbeitet werden.

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, verringerte sich in 2015 erneut bundesweit um 1 Prozentpunkt auf nun 23 %. Die Situation in den einzelnen Ländern zeigt sich uneinheitlich. In elf Bundesländern ging der prozentuale Anteil dieser Gruppe von Hilfeempfängerinnen zurück, zumeist zwischen 1 und 4 Prozentpunkten. In Bayern verringerte er sich jedoch um 20 Prozentpunkte. Einen Anstieg gab es nur in Baden-Württemberg und das um 17 Prozentpunkte. Keine Veränderung dieses Anteils gab es in Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Thüringen. (Tabelle 17).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, hat sich im Bundesdurchschnitt um 1 Prozentpunkt auf 47 % verringert. In den Bundesländern beträgt er zwischen 32 % (Baden-Württemberg) und 63 % (Sachsen). Die Schwankungen nach oben und unten gegenüber 2014 betragen zwischen -6 und +4 Prozentpunkten. Anders als in den Vorjahren macht diese Gruppe nur noch in 15 Bundesländern den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus. In Baden-Württemberg liegt der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit bezogen, mit 14 Prozentpunkten deutlich darüber. (Tabelle 20).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** hat sich im Bundesdurchschnitt erneut vermindert, von 2014 auf 2015 um 2 Prozentpunkte. Auch in den meisten Bundesländern sind die Veränderungen moderat und betragen zumeist zwischen -2 und +1 Prozentpunkten. Deutliche Abweichungen von dieser Spanne gibt es bedingt in Bremen mit -5 Prozentpunkten und signifikant in Baden-Württemberg mit -17 Prozentpunkten (von 19 auf nur noch 2 % - Tabelle 23).

Kaum Veränderungen gab es hinsichtlich des Anteils der Bezieherinnen von **BAFöG und Ausbildungsvergütungen**. Auf den Anteil der Bezieherinnen von **Leistungen nach dem SGB III** trifft das in 15 Bundesländern ebenfalls zu. In Bayern allerdings, in dem es im Vorjahr nur wenige Einzelfälle gab, ist der Anteil dieser Gruppe im Berichtsjahr von 0 auf 15 % angestiegen.

Beim Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, macht sich die gestiegene Zahl der von schwangeren Geflüchteten bemerkbar. Im Bundesdurchschnitt ist deren Anteil von 5 auf 9 % gestiegen. Einen zumeist entsprechenden Anstieg gab es dabei in allen Bundesländern. In Baden-Württemberg fiel er mit 6 Prozentpunkten etwas höher, im Saarland mit 2 Prozentpunkten am niedrigsten aus.

Dass vermehrt Anträge von Geflüchteten gestellt werden, zeigt sich 2015 auch beim prozentualen Anteil der **ausländischen Hilfeempfängerinnen**. Hier gab es im Bundesdurchschnitt mit 7 Prozentpunkten eine mehr als doppelt so hohe Steigerung wie im Vorjahr (2014 um 3 Prozent-

punkte) auf nun 41 % (Tabelle 4). Eine Erhöhung dieses Anteils war in allen Bundesländern zu verzeichnen. In den alten Bundesländern lag der prozentuale Anteil der ausländischen Hilfeempfängerinnen im Berichtsjahr zwischen 30 % (in Schleswig-Holstein) und 55 % (in Baden-Württemberg). Der höchste Anstieg wurde mit 10 Prozentpunkten im Saarland gemessen, der zweithöchste in Baden-Württemberg mit 9 Prozentpunkten, gefolgt von Niedersachsen mit 7 Prozentpunkten. In den neuen Bundesländern war der Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen weiterhin niedrig, stieg aber deutlich um 4 bis 6 Prozentpunkte an und überall auf zweistellige Werte. 12 % betrug er in Thüringen, 13 % in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und 15 % in Sachsen und Sachsen-Anhalt (Tabelle 24).

Im Berichtsjahr wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, oft zu rund 70 % und mehr. Am geringsten waren die Unterschiede im Saarland und in Sachsen. Im Saarland stellen 41 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 42 % erst danach. In Sachsen betrug der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 45 %, nach der 20. Schwangerschaftswoche wurden 46 % der Anträge gestellt. (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestehen nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den alten Bundesländern machten überwiegend die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (Anteil in ehelicher Gemeinschaft lebender Hilfeempfängerinnen in den alten Bundesländern: zwischen 40 % und 52 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden ist zumeist der geringste (zwischen 13 % und 25 %). In den neuen Bundesländern stellen jeweils die allein lebenden Hilfeempfängerinnen den größten Anteil (zwischen 40 % und 50 %), gefolgt von den in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden. Verheiratete machen dort nur 23 % bis 24 % der Hilfeempfängerinnen aus. Außer in Bremen und Schleswig-Holstein, in denen der Anteil der in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen gegenüber 2014 gleich blieb, ist er in 2015 allen Bundesländern um 1 bis 6 Prozentpunkte und somit zum Teil deutlich angestiegen (Tabelle 26). Dafür könnte der gestiegene Anteil von Anträgen Schwangerer mit ausländischer Staatsangehörigkeit, bei denen es sich zum großen Teil um Geflüchtete handeln dürfte, ursächlich sein, da in vielen der Herkunftsländern nichteheliche Schwangerschaften gesellschaftlich weniger akzeptiert sind.

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2015 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet. Mit Eigenmitteln von rund 497 000 Euro hat Bayern gegenüber 2014 nur noch knapp ein Fünftel der Vorjahressumme (2,7 Mio. Euro) aufgebracht. Auch in Thüringen verringerten sich die Eigenmittel (um 12,2 %). Erhöhungen gab es in Sachsen-Anhalt und Berlin (um 30,1% bzw. 5,6 %). In Rheinland-Pfalz blieb der Betrag wie stets unverändert (Tabelle 33).

V. Länder – Daten 2015

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	10 344 (100 %)	15 959 (100 %)	9 009 (100 %)	7 844 (100 %)
2007	11 156 (100 %)	15 592 (100 %)	8 248 (100 %)	8 188 (100 %)
2008	10 194 (100 %)	13 443 (100 %)	8 190 (100 %)	7 794 (100 %)
2009	11 634 (100 %)	13 099 (100 %)	8 721 (100 %)	7 396 (100 %)
2010	11 285 (100 %)	13 971 (100 %)	8 919 (100 %)	7 274 (100 %)
2011	11 108 (100 %)	10 890 (100 %)	8 744 (100 %)	6 810 (100 %)
2012	10 943 (100 %)	12 485 (100 %)	8 563 (100 %)	6 495 (100 %)
2013	11 139 (100 %)	12 724 (100 %)	8 679 (100 %)	6 320 (100 %)
2014	10 815 (100 %)	11 860 (100 %)	8 632 (100 %)	6 031 (100 %)
2015	15 021 (100 %)	10 555 (100 %)	8 580 (100 %)	5 469 (100 %)

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	2 382 (100 %)	4 480 (100 %)	10 458 (100 %)	6 234 (100 %)
2007	2 354 (100 %)	4 658 (100 %)	10 527 (100 %)	6 103 (100 %)
2008	2 190 (100 %)	4 558 (100 %)	10 315 (100 %)	6 120 (100 %)
2009	2 332 (100 %)	4 697 (100 %)	10 487 (100 %)	5 835 (100 %)
2010	2 074 (100 %)	4 687 (100 %)	10 331 (100 %)	5 703 (100 %)
2011	2 021 (100 %)	4 568 (100 %)	9 693 (100 %)	5 250 (100 %)
2012	2 068 (100 %)	4 603 (100 %)	9 359 (100 %)	5 028 (100 %)
2013	2 065 (100 %)	4 787 (100 %)	9 553 (100 %)	4 716 (100 %)
2014	2 124 (100 %)	4 777 (100 %)	10 026 (100 %)	4 565 (100 %)
2015	2 463 (100 %)	5 234 (100 %)	10 477 (100 %)	4 269 (100 %)

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	18 877 (100 %)	36 904 (100 %)	5 747 (100 %)	1 765 (100 %)
2007	18 479 (100 %)	36 313 (100 %)	5 728 (100 %)	1 770 (100 %)
2008	17 855 (100 %)	36 682 (100 %)	5 721 (100 %)	1 746 (100 %)
2009	17 942 (100 %)	38 513 (100 %)	5 878 (100 %)	1 856 (100 %)
2010	17 797 (100 %)	37 887 (100 %)	5 718 (100 %)	1 755 (100 %)
2011	16 464 (100 %)	35 613 (100 %)	5 121 (100 %)	1 550 (100 %)
2012	15 749 (100 %)	35 830 (100 %)	5 280 (100 %)	1 521 (100 %)
2013	16 099 (100 %)	36 627 (100 %)	5 410 (100 %)	1 478 (100 %)
2014	16 588 (100 %)	38 449 (100 %)	5 373 (100 %)	1 623 (100 %)
2015	17 063 (100 %)	41 161 (100 %)	5 444 (100 %)	1 735 (100 %)

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	11 603 (100 %)	7 905 (100 %)	6 881 (100 %)	6 158 (100 %)
2007	11 292 (100 %)	7 239 (100 %)	6 872 (100 %)	6 002 (100 %)
2008	10 785 (100 %)	7 477 (100 %)	6 769 (100 %)	5 919 (100 %)
2009	10 440 (100 %)	7 209 (100 %)	6 766 (100 %)	5 410 (100 %)
2010	9 867 (100 %)	6 747 (100 %)	6 835 (100 %)	5 686 (100 %)
2011	8 855 (100 %)	6 191 (100 %)	6 399 (100 %)	5 227 (100 %)
2012	8 319 (100 %)	5 946 (100 %)	6 358 (100 %)	4 699 (100 %)
2013	8 174 (100 %)	5 892 (100 %)	6 488 (100 %)	4 624 (100 %)
2014	7 824 (100 %)	5 561 (100 %)	6 495 (100 %)	4 272 (100 %)
2015	7 735 (100 %)	5 251 (100 %)	6 872 (100 %)	3 984 (100 %)

Tabelle 15: Hilfeempfanggerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	9 140 (88 %)	15 647 (98 %)	8 138 (90 %)	7 522 (96 %)
2007	10 883 (98 %)	15 286 (98 %)	7 371 (89 %)	7 942 (97 %)
2008	10 180 (93 %)	13 179 (98 %)	7 522 (92 %)	7 616 (98 %)
2009	10 737 (92 %)	12 842 (98 %)	7 915 (91 %)	7 205 (97 %)
2010	10 915 (97 %)	13 564 (97 %)	8 101 (91 %)	7 053 (97 %)
2011	10 397 (94 %)	10 573 (97 %)	7 777 (89 %)	6 604 (97 %)
2012	10 048 (92 %)	12 110 (97 %)	7 519 (88 %)	6 141 (95 %)
2013	10 474 (94 %)	12 325 (97 %)	7 767 (89 %)	6 292 (100 %)
2014	10 084 (93 %)	11 627 (98 %)	7 837 (91 %)	5 760 (96 %)
2015	13 539 (90 %)	10 258 (97 %)	7 832 (91 %)	5 213 (95 %)

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	2 258 (95 %)	4 333 (97 %)	9 858 (94 %)	5 835 (94 %)
2007	2 240 (95 %)	4 486 (96 %)	9 536 (91 %)	5 757 (94 %)
2008	2 056 (94 %)	4 338 (95 %)	9 569 (93 %)	5 753 (94 %)
2009	2 192 (94 %)	4 459 (95 %)	9 698 (92 %)	5 467 (94 %)
2010	1 971 (95 %)	4 457 (95 %)	9 632 (93 %)	5 382 (94 %)
2011	1 904 (94 %)	4 312 (94 %)	8 948 (92 %)	4 907 (94 %)
2012	1 945 (94 %)	4 334 (94 %)	8 628 (92 %)	4 619 (92 %)
2013	1 928 (93 %)	4 544 (95 %)	8 873 (93 %)	4 362 (93 %)
2014	2 000 (94 %)	4 486 (94 %)	9 419 (94 %)	4 215 (92 %)
2015	2 313 (94 %)	4 882 (93 %)	9 598 (92 %)	3 902 (91 %)

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	17 154 (91 %)	32 541 (88 %)	5 048 (88 %)	1 725 (98 %)
2007	16 848 (91 %)	32 287 (89 %)	4 957 (87 %)	1 710 (97 %)
2008	16 370 (92 %)	32 396 (88 %)	5 091 (89 %)	1 702 (97 %)
2009	16 536 (91 %)	33 539 (87 %)	5 379 (92 %)	1 784 (96 %)
2010	16 475 (93 %)	33 367 (100 %)	5 126 (90 %)	1 710 (97 %)
2011	14 970 (91 %)	31 083 (87 %)	4 582 (89 %)	1 500 (97 %)
2012	14 504 (92 %)	31 432 (88 %)	4 625 (88 %)	1 477 (97 %)
2013	14 647 (91 %)	32 160 (88 %)	4 704 (87 %)	1 428 (97 %)
2014	15 022 (91 %)	33 376 (87 %)	4 749 (88 %)	1 534 (95 %)
2015	15 442 (90 %)	35 949 (87 %)	4 799 (88 %)	1 654 (96 %)

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	10 335 (89 %)	7 371 (94 %)	6 341 (92 %)	5 754 (93 %)
2007	9 831 (87 %)	6 765 (93 %)	6 189 (90 %)	5 600 (93 %)
2008	10 769 (100 %)	6 998 (94 %)	6 095 (90 %)	5 485 (93 %)
2009	9 556 (92 %)	6 732 (93 %)	6 149 (91 %)	5 083 (94 %)
2010	9 289 (94 %)	6 258 (93 %)	6 296 (92 %)	5 362 (94 %)
2011	8 310 (94 %)	5 788 (93 %)	5 881 (92 %)	4 823 (92 %)
2012	7 371 (89 %)	5 484 (92 %)	5 913 (93 %)	4 314 (92 %)
2013	7 359 (90 %)	5 440 (92 %)	6 075 (94 %)	4 261 (92 %)
2014	6 910 (88 %)	5 166 (93 %)	6 040 (93 %)	3 824 (90 %)
2015	6 854 (89 %)	4 869 (92 %)	6 180 (90 %)	3 654 (92 %)

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
unter 14 Jahre	0 (0 %)	2 (0 %)	1 (0 %)	0 (0 %)
14 – 18 Jahre	236 (2 %)	300 (3 %)	145 (2 %)	90 (2 %)
ab 18 Jahre	13 303 (98 %)	9 956 (97 %)	7 686 (98 %)	5 123 (98 %)

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
unter 14 Jahre	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (0 %)	0 (0 %)
14 – 18 Jahre	56 (2 %)	97 (2 %)	151 (2 %)	113 (3 %)
ab 18 Jahre	2 257 (98 %)	4 785 (98 %)	9 446 (98 %)	3 789 (97 %)

Alter	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
unter 14 Jahre	2 (0 %)	22 (0 %)	3 (0 %)	0 (0 %)
14 – 18 Jahre	448 (3 %)	781 (2 %)	151 (3 %)	55 (3 %)
ab 18 Jahre	14 992 (97 %)	35 146 (98 %)	4 645 (97 %)	1 599 (97 %)

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
unter 14 Jahre	2 (0 %)	0 (0 %)	1 (0 %)	0 (0 %)
14 – 18 Jahre	248 (4 %)	193 (4 %)	126 (2 %)	115 (3 %)
ab 18 Jahre	6 604 (96 %)	4 676 (96 %)	6 053 (98 %)	3 539 (97 %)

Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

HiE mit Arbeits-einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	2 078 (23 %)	7 118 (45 %)	1 550 (19 %)	1 952 (26 %)
2007	2 967 (27 %)	7 324 (48 %)	1 253 (17 %)	2 132 (27 %)
2008	3 720 (37 %)	6 625 (50 %)	1 935 (26 %)	2 113 (28 %)
2009	3 847 (36 %)	5 900 (46 %)	1 991 (25 %)	2 048 (28 %)
2010	3 368 (31 %)	6 013 (44 %)	1 846 (23 %)	2 196 (31 %)
2011	3 826 (37 %)	4 905 (46 %)	1 616 (21 %)	2 191 (33 %)
2012	3 284 (33 %)	6 556 (54 %)	1 750 (23 %)	2 134 (35 %)
2013	2 917 (28 %)	6 026 (49 %)	1 940 (25 %)	2 109 (34 %)
2014	2 953 (29 %)	4 993 (43 %)	2 040 (26 %)	1 843 (32 %)
2015	6 281 (46 %)	2 407 (23 %)	1 836 (23 %)	1 652 (32 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	339 (15 %)	716 (17 %)	2 056 (21 %)	1 283 (22 %)
2007	333 (15 %)	777 (17 %)	2 223 (23 %)	1 320 (23 %)
2008	327 (16 %)	842 (19 %)	2 354 (25 %)	1 383 (24 %)
2009	264 (12 %)	898 (20 %)	2 203 (23 %)	1 456 (27 %)
2010	253 (13 %)	1 010 (23 %)	2 060 (22 %)	1 423 (26 %)
2011	287 (15 %)	1 002 (23 %)	2 055 (23 %)	1 364 (28 %)
2012	304 (16 %)	988 (23 %)	1 858 (22 %)	1 308 (28 %)
2013	262 (14 %)	1 054 (23 %)	1 803 (20 %)	1 244 (28 %)
2014	235 (12 %)	934 (21 %)	1 759 (19 %)	1 191 (28 %)
2015	242 (10 %)	1 031 (21 %)	1 700 (18 %)	925 (24 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	1 912 (11 %)	4 622 (14 %)	1 022 (20 %)	286 (17 %)
2007	2 130 (13 %)	5 067 (16 %)	1 017 (21 %)	240 (14 %)
2008	2 400 (15 %)	5 401 (17 %)	1 183 (23 %)	282 (17 %)
2009	2 603 (16 %)	5 705 (17 %)	1 323 (25 %)	274 (15 %)
2010	2 511 (15 %)	5 776 (17 %)	1 569 (31 %)	271 (16 %)
2011	2 358 (16 %)	5 733 (18 %)	1 099 (24 %)	243 (16 %)
2012	2 253 (16 %)	5 885 (19 %)	1 191 (26 %)	275 (19 %)
2013	2 430 (17 %)	5 882 (18 %)	1 160 (25 %)	267 (20 %)
2014	2 325 (15 %)	5 795 (17 %)	1 135 (24 %)	257 (17 %)
2015	2 233 (14 %)	5 679 (16 %)	1 048 (22 %)	226 (13 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	1 699 (16 %)	710 (10 %)	1 655 (26 %)	1 974 (34 %)
2007	1 443 (15 %)	1 020 (15 %)	1 592 (26 %)	2 300 (41 %)
2008	1 561 (14 %)	1 090 (16 %)	1 653 (27 %)	2 395 (44 %)
2009	1 501 (16 %)	1 467 (22 %)	1 825 (30 %)	2 342 (46 %)
2010	1 434 (15 %)	1 517 (24 %)	1 876 (30 %)	2 372 (44 %)
2011	1 343 (16 %)	1 370 (24 %)	1 934 (33 %)	2 071 (43 %)
2012	1 220 (17 %)	1 259 (23 %)	1 988 (34 %)	1 860 (43 %)
2013	1 283 (17 %)	1 350 (25 %)	2 071 (34 %)	1 797 (42 %)
2014	1 189 (17 %)	1 341 (26 %)	1 957 (33 %)	1 517 (40 %)
2015	1 194 (17 %)	1 116 (23 %)	1 990 (32 %)	1 474 (40 %)

Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	1 049 (11 %)	0 (0 %)	120 (1 %)	346 (5 %)
2007	616 (6 %)	0 (0 %)	85 (1 %)	333 (4 %)
2008	636 (6 %)	1 427 (11 %)	178 (2 %)	303 (4 %)
2009	646 (6 %)	1 327 (10 %)	207 (3 %)	254 (4 %)
2010	654 (6 %)	1 192 (8 %)	185 (2 %)	265 (4 %)
2011	641 (6 %)	670 (6 %)	197 (3 %)	285 (4 %)
2012	629 (6 %)	779 (6 %)	210 (3 %)	255 (4 %)
2013	602 (6 %)	791 (6 %)	173 (2 %)	242 (4 %)
2014	504 (5 %)	531 (5 %)	173 (2 %)	201 (3 %)
2015	84 (1 %)	305 (3 %)	126 (2 %)	166 (3 %)

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	99 (4 %)	202 (5 %)	633 (6 %)	365 (6 %)
2007	49 (2 %)	155 (3 %)	522 (5 %)	331 (6 %)
2008	48 (2 %)	130 (3 %)	793 (8 %)	315 (5 %)
2009	57 (3 %)	233 (5 %)	531 (6 %)	274 (5 %)
2010	49 (2 %)	303 (7 %)	453 (5 %)	289 (5 %)
2011	44 (2 %)	293 (7 %)	335 (4 %)	304 (6 %)
2012	43 (2 %)	131 (3 %)	387 (4 %)	283 (6 %)
2013	33 (2 %)	171 (4 %)	377 (4 %)	225 (5 %)
2014	37 (2 %)	162 (4 %)	341 (3 %)	182 (5 %)
2015	33 (1 %)	131 (3 %)	297 (3 %)	174 (4 %)

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	529 (3 %)	1 731 (5 %)	555 (11 %)	84 (5 %)
2007	488 (3 %)	1 385 (4 %)	409 (8 %)	60 (4 %)
2008	600 (4 %)	1 270 (4 %)	275 (5 %)	74 (4 %)
2009	652 (4 %)	1 507 (4 %)	298 (6 %)	77 (4 %)
2010	614 (4 %)	1 354 (4 %)	290 (6 %)	69 (4 %)
2011	538 (4 %)	1 176 (4 %)	275 (6 %)	73 (5 %)
2012	488 (3 %)	1 222 (4 %)	246 (5 %)	62 (4 %)
2013	556 (4 %)	1 214 (4 %)	254 (5 %)	53 (4 %)
2014	569 (4 %)	1 202 (3 %)	240 (5 %)	67 (4 %)
2015	457 (3 %)	1 209 (3 %)	226 (5 %)	64 (4 %)

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	479 (5 %)	220 (3 %)	381 (6 %)	1 128 (20 %)
2007	343 (3 %)	173 (3 %)	282 (5 %)	498 (9 %)
2008	324 (3 %)	159 (2 %)	227 (4 %)	493 (9 %)
2009	302 (3 %)	178 (3 %)	247 (4 %)	513 (10 %)
2010	281 (3 %)	148 (2 %)	241 (4 %)	448 (8 %)
2011	262 (3 %)	168 (3 %)	243 (4 %)	379 (8 %)
2012	253 (3 %)	187 (3 %)	245 (4 %)	301 (7 %)
2013	217 (3 %)	185 (4 %)	229 (4 %)	328 (8 %)
2014	209 (3 %)	131 (3 %)	260 (4 %)	254 (7 %)
2015	181 (3 %)	100 (2 %)	229 (4 %)	195 (5 %)

Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	1 147 (12 %)	550 (4 %)	184 (2 %)	295 (4 %)
2007	760 (7 %)	558 (4 %)	165 (2 %)	320 (4 %)
2008	691 (7 %)	567 (4 %)	198 (3 %)	294 (4 %)
2009	654 (6 %)	555 (4 %)	262 (3 %)	306 (4 %)
2010	680 (6 %)	629 (5 %)	313 (4 %)	291 (4 %)
2011	659 (6 %)	523 (5 %)	332 (4 %)	245 (4 %)
2012	686 (7 %)	525 (4 %)	291 (4 %)	221 (4 %)
2013	694 (7 %)	450 (4 %)	332 (4 %)	183 (3 %)
2014	806 (8 %)	361 (3 %)	313 (4 %)	190 (3 %)
2015	650 (5 %)	88 (1 %)	255 (3 %)	154 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2006	105 (5 %)	172 (4 %)	305 (3 %)	387 (7 %)
2007	99 (4 %)	200 (4 %)	294 (3 %)	410 (7 %)
2008	97 (5 %)	206 (5 %)	317 (3 %)	408 (7 %)
2009	98 (4 %)	251 (6 %)	325 (3 %)	357 (6 %)
2010	81 (4 %)	150 (3 %)	315 (3 %)	317 (6 %)
2011	76 (4 %)	129 (3 %)	268 (3 %)	301 (6 %)
2012	73 (4 %)	104 (2 %)	294 (3 %)	239 (5 %)
2013	71 (4 %)	110 (2 %)	261 (3 %)	210 (5 %)
2014	80 (4 %)	110 (2 %)	267 (3 %)	170 (4 %)
2015	85 (4 %)	117 (2 %)	234 (3 %)	168 (4 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	855 (5 %)	1 052 (3 %)	225 (4 %)	95 (5 %)
2007	818 (5 %)	892 (3 %)	258 (5 %)	81 (5 %)
2008	910 (6 %)	871 (3 %)	186 (4 %)	96 (6 %)
2009	844 (5 %)	1 015 (3 %)	55 (1 %)	102 (6 %)
2010	885 (5 %)	1 040 (3 %)	158 (3 %)	89 (5 %)
2011	896 (6 %)	951 (3 %)	180 (4 %)	85 (6 %)
2012	853 (6 %)	988 (3 %)	154 (3 %)	106 (7 %)
2013	842 (6 %)	902 (3 %)	131 (3 %)	72 (5 %)
2014	771 (5 %)	870 (3 %)	133 (3 %)	78 (5 %)
2015	665 (4 %)	795 (2 %)	124 (3 %)	58 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2006	489 (5 %)	285 (4 %)	252 (4 %)	414 (7 %)
2007	467 (5 %)	226 (3 %)	292 (5 %)	426 (8 %)
2008	455 (4 %)	204 (3 %)	343 (6 %)	438 (8 %)
2009	390 (4 %)	763 (11 %)	296 (5 %)	413 (8 %)
2010	376 (4 %)	686 (11 %)	299 (5 %)	446 (8 %)
2011	319 (4 %)	656 (11 %)	251 (4 %)	428 (9 %)
2012	254 (3 %)	586 (11 %)	279 (5 %)	376 (9 %)
2013	238 (3 %)	535 (10 %)	232 (4 %)	370 (9 %)
2014	189 (3 %)	574 (11 %)	260 (4 %)	314 (8 %)
2015	168 (3 %)	496 (10 %)	233 (4 %)	308 (9 %)

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	1 467 (16 %)	7 762 (49 %)	5 942 (73 %)	3 340 (44 %)
2007	4 378 (40 %)	7 180 (47 %)	5 546 (75 %)	3 388 (43 %)
2008	3 330 (33 %)	4 350 (33 %)	4 796 (64 %)	4 125 (54 %)
2009	3 563 (33 %)	4 879 (38 %)	5 050 (64 %)	3 881 (54 %)
2010	3 551 (33 %)	5 580 (41 %)	5 285 (65 %)	3 460 (49 %)
2011	3 443 (33 %)	4 323 (41 %)	5 124 (66 %)	3 122 (48 %)
2012	3 860 (38 %)	4 120 (34 %)	4 696 (63 %)	2 850 (47 %)
2013	3 267 (31 %)	4 795 (39 %)	4 643 (60 %)	3 068 (49 %)
2014	3 220 (31 %)	5 269 (45 %)	4 599 (59 %)	2 816 (49 %)
2015	4 362 (32 %)	5 244 (51 %)	4 687 (60 %)	2 356 (45 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	1 319 (58 %)	2 223 (51 %)	4 557 (46 %)	3 151 (54 %)
2007	1 361 (61 %)	2 425 (54 %)	4 408 (46 %)	3 024 (53 %)
2008	1 189 (58 %)	2 281 (53 %)	4 593 (48 %)	3 219 (56 %)
2009	1 316 (60 %)	2 328 (52 %)	4 595 (47 %)	2 868 (52 %)
2010	1 180 (60 %)	2 411 (54 %)	4 550 (47 %)	2 830 (53 %)
2011	1 141 (60 %)	1 966 (46 %)	4 292 (48 %)	2 466 (50 %)
2012	1 128 (58 %)	2 114 (49 %)	3 850 (45 %)	2 388 (52 %)
2013	1 051 (55 %)	2 111 (47 %)	3 974 (45 %)	2 280 (52 %)
2014	1 105 (55 %)	2 163 (48 %)	4 260 (45 %)	2 155 (51 %)
2015	1 318 (57 %)	2 172 (45 %)	4 138 (43 %)	2 019 (52 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	9 823 (57 %)	14 840 (46 %)	1 886 (37 %)	888 (51 %)
2007	9 386 (56 %)	15 536 (48 %)	1 989 (40 %)	959 (56 %)
2008	8 305 (51 %)	15 735 (49 %)	1 985 (39 %)	901 (53 %)
2009	8 545 (52 %)	16 205 (48 %)	2 015 (38 %)	995 (56 %)
2010	8 671 (53 %)	16 232 (49 %)	2 025 (40 %)	949 (55 %)
2011	7 549 (50 %)	14 817 (48 %)	1 767 (39 %)	783 (52 %)
2012	7 214 (50 %)	14 889 (47 %)	1 854 (40 %)	737 (50 %)
2013	7 121 (49 %)	15 567 (48 %)	1 808 (38 %)	776 (54 %)
2014	7 194 (48 %)	16 260 (49 %)	1 887 (40 %)	823 (54 %)
2015	7 350 (48 %)	17 382 (48 %)	1 739 (36 %)	934 (57 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	6 352 (61 %)	5 663 (77 %)	2 599 (41 %)	2 123 (37 %)
2007	6 332 (64 %)	4 872 (72 %)	2 630 (42 %)	2 058 (37 %)
2008	7 240 (67 %)	5 062 (72 %)	2 517 (41 %)	1 889 (34 %)
2009	6 423 (67 %)	3 825 (57 %)	2 559 (42 %)	1 563 (31 %)
2010	6 172 (66 %)	3 463 (56 %)	2 663 (42 %)	1 791 (34 %)
2011	5 537 (67 %)	3 163 (55 %)	2 328 (40 %)	1 602 (33 %)
2012	4 938 (67 %)	3 017 (55 %)	2 303 (39 %)	1 452 (34 %)
2013	4 946 (67 %)	2 886 (53 %)	2 421 (40 %)	1 447 (34 %)
2014	4 592 (67 %)	2 656 (51 %)	2 350 (40 %)	1 421 (37 %)
2015	4 339 (63 %)	2 461 (51 %)	2 359 (38 %)	1 240 (34 %)

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	14 (0 %)	14 (0 %)	183 (2 %)	92 (1 %)
2007	12 (0 %)	20 (0 %)	157 (2 %)	67 (1 %)
2008	29 (0 %)	6 (0 %)	212 (3 %)	62 (1 %)
2009	109 (1 %)	2 (0 %)	202 (3 %)	62 (1 %)
2010	118 (1 %)	9 (0 %)	263 (3 %)	73 (1 %)
2011	129 (1 %)	20 (0 %)	341 (4 %)	70 (1 %)
2012	161 (2 %)	19 (0 %)	387 (5 %)	87 (1 %)
2013	133 (1 %)	122 (1 %)	473 (6 %)	104 (2 %)
2014	730 (7 %)	388 (3 %)	539 (7 %)	157 (3 %)
2015	1 791 (13 %)	604 (6 %)	754 (10 %)	347 (7 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	89 (4 %)	216 (5 %)	208 (2 %)	6 (0 %)
2007	99 (4 %)	169 (4 %)	141 (1 %)	5 (0 %)
2008	95 (5 %)	143 (3 %)	101 (1 %)	2 (0 %)
2009	95 (4 %)	111 (3 %)	108 (1 %)	3 (0 %)
2010	67 (3 %)	103 (2 %)	118 (1 %)	2 (0 %)
2011	77 (4 %)	195 (4 %)	156 (2 %)	6 (0 %)
2012	68 (3 %)	220 (5 %)	179 (2 %)	5 (0 %)
2013	125 (6 %)	181 (4 %)	277 (3 %)	35 (1 %)
2014	187 (9 %)	282 (6 %)	487 (5 %)	93 (2 %)
2015	317 (14 %)	495 (10 %)	980 (10 %)	234 (6 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	570 (3 %)	1 483 (5 %)	2 (0 %)	28 (2 %)
2007	473 (3 %)	1 074 (3 %)	4 (0 %)	16 (1 %)
2008	378 (2 %)	831 (3 %)	2 (0 %)	22 (1 %)
2009	343 (2 %)	796 (2 %)	3 (0 %)	23 (1 %)
2010	357 (2 %)	786 (2 %)	10 (0 %)	18 (1 %)
2011	396 (3 %)	831 (3 %)	6 (0 %)	14 (1 %)
2012	410 (3 %)	983 (3 %)	14 (0 %)	27 (2 %)
2013	540 (4 %)	1 336 (4 %)	113 (2 %)	19 (1 %)
2014	996 (7 %)	1 944 (6 %)	216 (4 %)	40 (3 %)
2015	1 687 (11 %)	3 846 (11 %)	468 (10 %)	83 (5 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	68 (1 %)	133 (2 %)	105 (2 %)	47 (1 %)
2007	46 (0 %)	94 (1 %)	98 (2 %)	32 (1 %)
2008	48 (0 %)	92 (1 %)	91 (1 %)	27 (0 %)
2009	35 (0 %)	77 (1 %)	88 (1 %)	24 (1 %)
2010	36 (0 %)	90 (1 %)	95 (1 %)	34 (1 %)
2011	46 (1 %)	107 (2 %)	131 (2 %)	33 (1 %)
2012	52 (1 %)	98 (2 %)	109 (2 %)	31 (1 %)
2013	58 (1 %)	126 (3 %)	153 (3 %)	41 (1 %)
2014	149 (2 %)	153 (3 %)	261 (4 %)	62 (1 %)
2015	385 (6 %)	362 (8 %)	458 (7 %)	198 (5 %)

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	9 (1 %)	80 (1 %)	7 (0 %)	775 (10 %)
2007	259 (2 %)	86 (1 %)	11 (0 %)	986 (12 %)
2008	197 (2 %)	83 (1 %)	18 (0 %)	26 (0 %)
2009	136 (1 %)	78 (1 %)	18 (0 %)	26 (0 %)
2010	121 (1 %)	73 (1 %)	16 (0 %)	25 (0 %)
2011	98 (1 %)	60 (1 %)	11 (0 %)	28 (0 %)
2012	124 (1 %)	57 (1 %)	9 (0 %)	20 (0 %)
2013	89 (1 %)	63 (0 %)	13 (0 %)	28 (0 %)
2014	100 (1 %)	31 (0 %)	10 (0 %)	37 (1 %)
2015	95 (1 %)	1 551 (15 %)	8 (0 %)	39 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	19 (1 %)	4 (0 %)	678 (7 %)	50 (1 %)
2007	21 (1 %)	6 (0 %)	546 (6 %)	37 (1 %)
2008	29 (1 %)	4 (0 %)	211 (2 %)	37 (1 %)
2009	19 (1 %)	6 (0 %)	454 (5 %)	32 (1 %)
2010	29 (1 %)	6 (0 %)	502 (5 %)	49 (1 %)
2011	26 (1 %)	3 (0 %)	494 (6 %)	41 (1 %)
2012	64 (3 %)	19 (0 %)	834 (10 %)	28 (1 %)
2013	41 (2 %)	9 (0 %)	842 (9 %)	27 (1 %)
2014	31 (2 %)	5 (0 %)	922 (10 %)	35 (1 %)
2015	60 (3 %)	6 (0 %)	867 (9 %)	31 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	83 (1 %)	1 172 (4 %)	10 (0 %)	28 (2 %)
2007	169 (1 %)	1 032 (3 %)	11 (0 %)	15 (1 %)
2008	2 063 (13 %)	779 (2 %)	28 (1 %)	17 (1 %)
2009	2 067 (13 %)	842 (3 %)	34 (1 %)	21 (1 %)
2010	2 036 (12 %)	1 004 (3 %)	42 (1 %)	30 (2 %)
2011	1 985 (13 %)	711 (2 %)	40 (1 %)	31 (2 %)
2012	2 110 (15 %)	861 (3 %)	54 (1 %)	16 (1 %)
2013	2 091 (14 %)	777 (2 %)	49 (1 %)	22 (1 %)
2014	2 038 (14 %)	950 (3 %)	46 (1 %)	25 (1 %)
2015	2 155 (14 %)	1 016 (3 %)	43 (1 %)	33 (2 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	63 (1 %)	21 (0 %)	121 (2 %)	68 (1 %)
2007	62 (1 %)	36 (1 %)	68 (1 %)	98 (2 %)
2008	98 (1 %)	25 (0 %)	71 (1 %)	104 (2 %)
2009	91 (1 %)	25 (0 %)	78 (1 %)	103 (2 %)
2010	120 (1 %)	28 (0 %)	170 (3 %)	84 (2 %)
2011	106 (1 %)	27 (0 %)	164 (3 %)	110 (2 %)
2012	90 (1 %)	19 (0 %)	179 (3 %)	103 (2 %)
2013	75 (1 %)	23 (0 %)	182 (3 %)	117 (2 %)
2014	96 (1 %)	18 (0 %)	204 (3 %)	67 (2 %)
2015	81 (1 %)	20 (0 %)	219 (4 %)	90 (3 %)

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	3 376 (37 %)	123 (1 %)	152 (2 %)	722 (10 %)
2007	1 891 (17 %)	118 (1 %)	154 (2 %)	716 (9 %)
2008	1 577 (15 %)	121 (1 %)	185 (2 %)	693 (9 %)
2009	1 782 (17 %)	101 (1 %)	185 (2 %)	628 (9 %)
2010	2 423 (22 %)	68 (1 %)	193 (2 %)	743 (11 %)
2011	1 601 (16 %)	72 (1 %)	156 (2 %)	663 (10 %)
2012	1 304 (13 %)	54 (1 %)	176 (2 %)	574 (9 %)
2013	2 772 (26 %)	78 (1 %)	193 (2 %)	558 (9 %)
2014	1 771 (19 %)	54 (1 %)	163 (2 %)	516 (9 %)
2015	276 (2 %)	59 (1 %)	166 (2 %)	499 (9 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	288 (13 %)	800 (18 %)	1 421 (14 %)	593 (10 %)
2007	278 (12 %)	754 (17 %)	1 402 (15 %)	630 (11 %)
2008	271 (13 %)	732 (17 %)	1 200 (13 %)	389 (7 %)
2009	343 (16 %)	632 (14 %)	1 482 (15 %)	477 (9 %)
2010	312 (16 %)	474 (11 %)	1 634 (17 %)	472 (9 %)
2011	253 (13 %)	724 (17 %)	1 348 (15 %)	425 (9 %)
2012	265 (14 %)	758 (18 %)	1 226 (14 %)	368 (8 %)
2013	345 (18 %)	908 (20 %)	1 339 (15 %)	341 (8 %)
2014	325 (16 %)	830 (19 %)	1 383 (15 %)	389 (9 %)
2015	258 (11 %)	930 (19 %)	1 382 (14 %)	351 (9 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	3 382 (20 %)	7 641 (23 %)	1 348 (27 %)	316 (18 %)
2007	3 384 (20 %)	7 301 (23 %)	1 269 (26 %)	339 (20 %)
2008	1 714 (10 %)	7 509 (23 %)	1 432 (28 %)	310 (18 %)
2009	1 482 (9 %)	7 469 (22 %)	1 651 (31 %)	292 (17 %)
2010	1 401 (9 %)	7 175 (22 %)	1 032 (20 %)	284 (17 %)
2011	1 248 (8 %)	6 864 (22 %)	1 215 (27 %)	271 (18 %)
2012	1 176 (8 %)	6 604 (21 %)	1 112 (24 %)	254 (17 %)
2013	1 067 (7 %)	6 482 (20 %)	1 189 (25 %)	219 (15 %)
2014	1 129 (7 %)	6 355 (19 %)	1 092 (23 %)	244 (16 %)
2015	895 (6 %)	6 022 (17 %)	1 151 (24 %)	256 (16 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	1 185 (11 %)	339 (4 %)	1 228 (19 %)	0 (0 %)
2007	1 138 (12 %)	344 (5 %)	1 227 (20 %)	188 (3 %)
2008	1 043 (10 %)	366 (5 %)	1 193 (20 %)	139 (3 %)
2009	814 (9 %)	397 (6 %)	1 056 (17 %)	125 (2 %)
2010	870 (9 %)	326 (6 %)	952 (15 %)	187 (3 %)
2011	697 (8 %)	297 (5 %)	830 (14 %)	200 (4 %)
2012	564 (8 %)	318 (6 %)	810 (14 %)	191 (4 %)
2013	542 (7 %)	335 (6 %)	787 (13 %)	161 (4 %)
2014	486 (7 %)	293 (6 %)	748 (12 %)	189 (5 %)
2015	506 (7 %)	314 (6 %)	692 (11 %)	149 (4 %)

Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2015 nach Bundesländern

Staatsangehörigkeit	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Deutsche	6 099 (45 %)	5 395 (53 %)	3 991 (51 %)	4 535 (87 %)
Ausländerinnen	7 440 (55 %)	4 863 (47 %)	3 841 (49 %)	678 (13 %)

Staatsangehörigkeit	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche	1 116 (48 %)	2 289 (47 %)	4 465 (47 %)	3 381 (87 %)
Ausländerinnen	1 197 (52 %)	2 593 (53 %)	5 133 (53 %)	521 (13 %)

Staatsangehörigkeit	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Deutsche	9 445 (61 %)	18 913 (53 %)	2 958 (62 %)	1 015 (61 %)
Ausländerinnen	5 997 (39 %)	17 036 (47 %)	1 841 (38 %)	639 (39 %)

Staatsangehörigkeit	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Deutsche	5 834 (85 %)	4 113 (85 %)	4 304 (70 %)	3 211 (88 %)
Ausländerinnen	1 020 (15 %)	756 (15 %)	1 876 (30 %)	443 (12 %)

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2015 nach Bundesländern

Schwangerschaftswoche	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	187 (1 %)	776 (8 %)	62 (1 %)	104 (2 %)
13. bis 20.	4 729 (35 %)	2 496 (24 %)	910 (12 %)	1 145 (22 %)
nach der 20.	8 623 (64 %)	6 986 (68 %)	6 860 (87 %)	3 964 (76 %)

Schwangerschaftswoche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
1. bis 12.	35 (1 %)	133 (3 %)	327 (3 %)	42 (1 %)
13. bis 20.	290 (13 %)	1 074 (22 %)	1 937 (20 %)	764 (20 %)
nach der 20.	1 988 (86 %)	3 675 (75 %)	7 334 (77 %)	3 096 (79 %)

Schwangerschaftswoche	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
1. bis 12.	291 (2 %)	3 261 (9 %)	525 (11 %)	288 (17 %)
13. bis 20.	4 515 (29 %)	14 645 (41 %)	1 223 (25 %)	667 (41 %)
nach der 20.	10 636 (69 %)	18 043 (50 %)	3 051 (64 %)	699 (42 %)

Schwangerschaftswoche	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
1. bis 12.	635 (9 %)	94 (2 %)	644 (11 %)	398 (11 %)
13. bis 20.	3 087 (45 %)	1 409 (29 %)	1 932 (31 %)	1 280 (35 %)
nach der 20.	3 132 (46 %)	3 366 (69 %)	3 604 (58 %)	1 976 (54 %)

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2015 nach Bundesländern

Lebensform	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6 920 (51 %)	4 744 (46 %)	3 312 (42 %)	1 241 (24 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	4 861 (36 %)	3 995 (39 %)	2 977 (38 %)	2 239 (43 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 758 (13 %)	1 519 (15 %)	1 543 (20 %)	1 733 (33 %)

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	931 (40 %)	2 367 (48 %)	5 007 (52 %)	892 (23 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	825 (36 %)	1 798 (37 %)	3 333 (35 %)	1 836 (47 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	557 (24 %)	717 (15 %)	1 258 (13 %)	1 174 (30 %)

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	7 021 (46 %)	17 585 (49 %)	2 306 (48 %)	721 (44 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5 114 (33 %)	12 312 (34 %)	1 530 (32 %)	609 (37 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	3 307 (21 %)	6 052 (17 %)	963 (20 %)	324 (19 %)

Lebensform	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1 652 (24 %)	1 148 (24 %)	2 647 (43 %)	879 (24 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3 335 (49 %)	2 439 (50 %)	2 002 (32 %)	1 473 (40 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 867 (27 %)	1 282 (26 %)	1 531 (25 %)	1 302 (36 %)

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	59 (100 %)	70 (100 %)
Freie Trägerschaft	99 (80 %)	72 (47 %)	49 (83 %)	55 (79 %)
Staatlich/kommunal	25 (20 %)	80 (53 %)	10 (17 %)	15 (21 %)
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	57 (100 %)	65 (100 %)
Freie Trägerschaft	99 (80 %)	72 (47 %)	47 (82 %)	52 (80 %)
Staatlich/kommunal	25 (20 %)	80 (53 %)	10 (18 %)	13 (20 %)
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	152 (100 %)	52 (100 %)	66 (100 %)
Freie Trägerschaft	202 (85 %)	72 (47 %)	45 (87 %)	53 (80 %)
Staatlich/kommunal	36 (15 %)	80 (53 %)	7 (13 %)	13 (20 %)
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	153 (100 %)	50 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (85 %)	77 (50 %)	45 (90 %)	49 (79 %)
Staatlich/kommunal	21 (15 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	13 (21 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	155 (100 %)	54 (100 %)	63 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (83 %)	78 (50 %)	49 (91 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	77 (50 %)	5 (9 %)	12 (19 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	148 (100 %)	52 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (82 %)	72 (50 %)	47 (90 %)	52 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	149 (100 %)	52 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	73 (49 %)	46 (88 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (51 %)	6 (12 %)	12 (19 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	55 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	49 (89 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	6 (11 %)	11 (19 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	50 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	45 (90 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	10 (19 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	53 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	75 (50 %)	48 (91 %)	50 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (9 %)	11 (18 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenb.- Vorpommern
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	84 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	84 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	94 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	94 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	233 (100 %)	179 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	155 (67 %)	157 (88 %)	80 (100 %)	18 (95 %)
Staatlich/kommunal	78 (34 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	244 (100 %)	179 (100 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	165 (68 %)	157 (88 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	79 (32 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	239 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	18 (100 %)
Freie Trägerschaft	162 (68 %)	158 (87 %)	80 (100 %)	18 (100 %)
Staatlich/kommunal	77 (32 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	249 (100 %)	181 (100 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (69 %)	158 (87 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	76 (31 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245 (100 %)	181 (100 %)	81 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	168 (69 %)	158 (87 %)	81 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	77 (31 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (70 %)	157 (87 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	75 (30 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (74 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	62 (26 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	177 (73 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	64 (27 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (75 %)	159 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	232 (100 %)	189 (100 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	168 (89 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	51 (100 %)	49 (100 %)	40 (100 %)
Freie Trägerschaft	59 (74 %)	48 (94 %)	36 (73 %)	40 (100 %)
Staatlich/kommunal	21 (26 %)	3 (6 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	51 (100 %)	49 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	59 (75 %)	48 (94 %)	36 (73 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	20 (25 %)	3 (6 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	50 (100 %)	49 (100 %)	40 (100 %)
Freie Trägerschaft	59 (75 %)	48 (96 %)	36 (73 %)	40 (100 %)
Staatlich/kommunal	20 (25 %)	2 (4 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	50 (100 %)	49 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	60 (75 %)	48 (96 %)	36 (73 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	20 (25 %)	2 (4 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	49 (100 %)	50 (100 %)	40 (100 %)
Freie Trägerschaft	61 (76 %)	47 (96 %)	37 (74 %)	40 (100 %)
Staatlich/kommunal	19 (24 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (78 %)	46 (96 %)	37 (74 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	18 (22 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	51 (100 %)	36 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (81 %)	46 (96 %)	38 (75 %)	36 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (4 %)	13 (25 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	64 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	44 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	42 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2015 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5facher RS AL = 2facher RS	2,0xRS (Härfälle: 2,5xRS) + Familienzuschläge 90 % v. RS + Unterkunfts-kosten	§ 53 AO	nach § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO, 4x bzw. 5xRS, Grundlage: Brut- tobezüge
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	HV = 2xRS HA = 1xRS + Unterkunfts- kosten	AL: 3xRL HV/HA: 2xRL Kinder: 1½ RL zzgl. Warmmiete	Regelsatz x 1,5 bzw. x 2 bei Alleinerziehenden	1,5-facher RS bei HV und HA; 2-facher RS bei AL
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5xRS HA = 2,5xRS	HV=3xRS HA=2x80 % RS HA (0-5 J.) =1,5x60 % RS HA (6-13 J.) =1,5x70 % RS HA (14-24 J.) =1,5x80 % RS AL=3,75 x RS +Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5xRS; AL = 2,0xRS +Mehrbedarf für Schwangere + angem. Kosten der Unterkunft	AL 2,5 RS + KdU ansonsten 1,5 RS + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS; zzgl. angem. Unter- kunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehr- bedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS + angem. KdU	HV = 2xRS AL = 3xRS zzgl. Unterbrin- gungskosten	HV/HA = 1,5xRS AL/HA = 2,0xRS + Mehrbedarf für Schwangere + angemessene Kosten der Un- terkunft

Abkürzungen

AL:	Alleinerziehende
angem.:	angemessene
AO:	Abgabenordnung
HA:	Haushaltsangehörige/r
HV:	Haushaltsvorstand
KdU:	Kosten der Unterkunft/Unterbringung
RL:	Regelleistung
RS:	Regelsatz
SSW:	Schwangerschaftswoche

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2015 nach Bundesländern

Durchschnittsbetrag in Euro	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	1 050	848	555	475
2007	1 047	867	574	460
2008	1 080	1 001	584	472
2009	1 110	1 080	644	465
2010	1 124	1 029	626	495
2011	1 085	1 250	599	536
2012	1 154	1 218	562	559
2013	1 071	1 251	559	509
2014	983	1 380	605	557
2015	759	1 210	628	661

Durchschnittsbetrag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	398	569	667	360
2007	408	549	683	429
2008	421	559	694	417
2009	437	548	688	417
2010	454	619	684	435
2011	467	549	744	455
2012	459	525	758	478
2013	463	569	721	502
2014	450	537	689	535
2015	395	501	692	544

Durchschnittsbetrag in Euro	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	490	608	890	667
2007	487	598	860	656
2008	524	587	854	668
2009	543	605	840	731
2010	523	597	832	715
2011	548	616	953	751
2012	579	608	987	754
2013	557	590	942	725
2014	545	565	819	801
2015	545	526	805	713

Durchschnittsbetrag in Euro	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	535	457	515	566
2007	516	498	514	551
2008	587	467	524	618
2009	612	521	528	615
2010	616	514	517	630
2011	653	575	517	606
2012	738	550	517	678
2013	779	585	518	726
2014	779	595	519	746
2015	755	628	531	804

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2015 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	3 718 (27 %)	591 (6 %)	675 (9 %)	317 (6 %)
Bis 600 Euro	3 224 (24 %)	1 874 (18 %)	2 028 (26 %)	3 017 (58 %)
Bis 1 000 Euro	3 592 (27 %)	3 290 (32 %)	4 493 (57 %)	1 756 (34 %)
Bis 1 500 Euro	2 408 (18 %)	1 542 (15 %)	604 (8 %)	92 (2 %)
Über 1 500 Euro	597 (4 %)	2 961 (29 %)	32 (0 %)	31 (0 %)

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	1 439 (62 %)	378 (8 %)	144 (1 %)	686 (18 %)
Bis 600 Euro	607 (26 %)	3 816 (78 %)	3 843 (40 %)	2 062 (53 %)
Bis 1 000 Euro	252 (11 %)	633 (13 %)	5 306 (55 %)	1 001 (26 %)
Bis 1 500 Euro	11 (1 %)	49 (1 %)	256 (3 %)	135 (3 %)
Über 1 500 Euro	4 (0 %)	6 (0 %)	49 (1 %)	18 (0 %)

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	635 (4 %)	2 705 (8 %)	532 (11 %)	27 (2 %)
Bis 600 Euro	9 956 (65 %)	24 824 (69 %)	1 947 (41 %)	1 003 (61 %)
Bis 1 000 Euro	4 292 (28 %)	7 705 (21 %)	1 067 (22 %)	220 (13 %)
Bis 1 500 Euro	494 (3 %)	686 (2 %)	895 (19 %)	348 (21 %)
Über 1 500 Euro	65 (0 %)	29 (0 %)	358 (7 %)	56 (3 %)

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	652 (10 %)	356 (7 %)	1 165 (19 %)	307 (8 %)
Bis 600 Euro	2 028 (30 %)	1 768 (36 %)	3 790 (61 %)	764 (21 %)
Bis 1 000 Euro	2 798 (40 %)	2 663 (55 %)	1 180 (19 %)	1 602 (44 %)
Bis 1 500 Euro	1 234 (18 %)	58 (1 %)	39 (1 %)	825 (23 %)
Über 1 500 Euro	142 (2 %)	24 (1 %)	6 (0 %)	156 (4 %)

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	nein	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja und nein	ja	ja und nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	nein

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	466.957	211.507	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja (in Euro)/nein	nein	nein	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja (in Euro)/nein	nein	nein	360.000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja (in Euro)/nein	nein	5.400	nein	15.369

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	7
Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland	8
Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen.....	10
Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII.....	10
Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	11
Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2015.....	11
Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	12
Tabelle 12: Orientierungsrahmen	12
Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt ..	12
Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	15
Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	16
Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern.....	17
Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern.....	18
Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern.....	19
Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern.....	20
Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern	21
Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern	22
Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern	23
Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern.....	24
Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2015 nach Bundesländern.....	25
Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2015 nach Bundesländern..	25
Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2015 nach Bundesländern	26
Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	27
Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2015 nach Bundesländern	31
Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2015 nach Bundesländern	32
Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2015 nach Bundesländern	33
Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	34
Tabelle 32: Orientierungsrahmen	34
Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	34